

Rede zum Haushalt 2008 (es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Generationen- gerechtigkeit durch Entschuldung

der Haushalt 2008 verdeutlicht eindrucksvoll den Erfolg einer vorsorgenden, zuvorderst dem Ziel der Generationengerechtigkeit verpflichteten soliden Finanzpolitik. Mit dem Vollzug des Nachtragshaushalts 2007 hat sich der Kreis entschuldet. Die jährlichen Zinszahlungen, die den Kreishaushalt um zuletzt 4,1 Mio. € belastet haben, entfallen. Eine Neuverschuldung ist weder im Haushaltsjahr 2008 noch in der Finanzplanung bis 2011 vorgesehen. Wohltuend anders als andere, die die Schuldenfreiheit ihrer Kommunen in naher Zukunft anstreben, bleiben die Verantwortlichen des Kreises auf dem Teppich, verfallen weder der Großmannssucht nach dem Beispiel Düsseldorfs, dessen Oberbürgermeister zum Zeitpunkt einer rechnerisch möglichen Entschuldung der Landeshauptstadt meinte, ein Freibierfest veranstalten zu müssen, noch nutzen wir wie der Langenfelder Bürgermeister – bei allem Respekt vor der in Langenfeld seit Jahrzehnten betriebenen stringenten Finanzpolitik, als deren Ergebnis sich im Laufe des nächsten Jahres dort die Schuldenfreiheit einstellen wird – die Vorfreude als Politikersatz.

Schuldenfreiheit bewahren

Denn wir wissen, die größte Herausforderung liegt darin, die jetzige finanzpolitisch hervorragende Ausgangslage des Kreises in Zukunft zu bewahren. Bereits in meiner letzten Haushaltsrede im März habe ich festgestellt, dass es für uns Liberale selbstverständlich ist, den nachhaltigen Effekt der Entschuldung zukünftig nicht durch eine erneute Kreditaufnahme zu konterkarieren. Der Liquiditätsplanung wird damit zukünftig ein großer Stellenwert zukommen. Dem zentralen Ziel der Erhaltung der Schuldenfreiheit werden sich nach unserer Auffassung in Zukunft vor allem Investitionsentscheidungen unterordnen müssen. Die FDP-Fraktion hält daher die Aufstellung einer Investitionsplanung, in dem die voraussehbar erforderlichen Investitionen einschließlich des Grades ihrer zeitlichen Flexibilität erfasst werden, auch über den Zeithorizont der mittelfristigen Finanzplanung hinaus für notwendig. Wir Liberalen begrüßen in diesem Zusammenhang außerordentlich, dass Herr Landrat Hendele in seiner Haushaltsrede erklärt hat, für den

Kreis Mettmann sollte das Thema Kommunalkredit ein für alle Mal erledigt sein. Herr Landrat, ich darf Ihnen versichern, dass Sie dabei auf die FDP-Fraktion zählen können.

**Kein
Vermögensverzehr**

Einen weiteren Grundstein für eine dauerhaft solide Finanzpolitik legt der Kreis Mettmann mit der Verabschiedung der Eröffnungsbilanz. Zunächst einmal ist insoweit positiv zu vermerken, dass diese pünktlich vorgelegt worden ist und verabschiedet werden kann, die Prüfung ohne Hinzuziehung eines Wirtschaftsprüfers in qualitativ ansprechender Weise erfolgt ist und zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt hat. Das ist durchaus nicht selbstverständlich, wie die Erfahrung anderer Kommunen lehrt. Die gesamte Kreisverwaltung, insbesondere aber die federführende Kämmerei und das Rechnungsprüfungsamt haben damit ihre Leistungsfähigkeit bemerkenswert unter Beweis gestellt. Durch die Festsetzung der Ausgleichsrücklage auf einen Erinnerungswert von einem Euro verdeutlicht der Kreis, der als Umlagehaushalt systembedingt keine Ausgleichsrücklage braucht, dass er einem planmäßigen Vermögensverzehr insbesondere zu konsumtiven Zwecken, eine klare Absage erteilt. Denn dieser könnte – wie es Herr Kämmerer Herweg hier fast exakt vor einem Jahr so treffend dargestellt hat - wiederum lediglich durch Kreditaufnahme herbeigeführt werden.

**Städte akzeptieren
Finanzpolitik des
Kreises**

Erfreulich ist, dass die hinsichtlich der Ausgleichsrücklage anfänglich teils äußerst kritischen Stimmen aus den kreisangehörigen Städten mittlerweile nicht mehr zu vernehmen sind. Dies lässt auf eine zunehmende Akzeptanz der finanzpolitischen Gesamtstrategie des Kreises bei den Städten schließen. So ist beispielsweise im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Haushalt aus einer Stadt darauf hingewiesen worden, es sei positiv hervorzuheben, dass sich in dem Entwurf des Haushalts 2008 der in der Haushaltsplanung 2007 inklusive Nachtrag aufgezeigte Kurs der zukünftigen Finanzwirtschaft des Kreises, vor allem der vollständige Wegfall des Schuldendienstes für Investitionskredite, nahtlos wiederfinde. Eine andere Stadt erklärte, in konsequenter Fortsetzung der erreichten Schuldentilgung sei auch in Zukunft unbedingt größter Wert darauf zu legen, dass die Neuinvestitionen mit den Liquiditätsspielräumen korrespondieren und somit keine neuen Schulden des Kreises Mettmann aufgebaut werden.

**Haushalt ist
gemeindefreundlich**

Der Kreishaushalt 2008 stellt sich denn auch wie in den vergangenen Jahren wiederum als äußerst gemeindefreundlich dar. Der Hebesatz der Kreisumlage wird gegenüber dem Nachtragshaushalt 2007 von 43,2 % auf 42,0 % gesenkt. Möglich wird dies einerseits durch den entfallenen Zinsaufwand, andererseits durch die höheren

Umlagegrundlagen. Der Anstieg der Kreisumlage um absolut 15,4 Mio. € betrifft mit insgesamt 15,2 Mio. € drei Aufwandspositionen, auf die der Kreis leider nur einen sehr begrenzten Einfluss hat. Allein die Landschaftsumlage schlägt trotz des sinkenden Hebesatzes mit einem Mehraufwand von 2,5 Mio. € zu Buche. Daneben steigt, allerdings lediglich zum Teil bedingt durch die vom Land übernommenen Aufgaben der Versorgungsverwaltung und des Immissionsschutzes sowie den Aufbau der Kompetenzagentur, der Personalaufwand um 5,1 Mio. €. Um den größten Posten handelt es sich jedoch bei dem um 7,6 Mio. € höheren Zuschussbedarf des Produktbereichs Soziale Leistungen.

**Sozialausgaben
sind das größte
Risiko**

Der ungebremste Anstieg des Aufwandes im Bereich der Sozialgesetzbücher II und XII stellt auch in Zukunft das größte Risiko für die Haushaltswirtschaft des Kreises dar. Hier wirkt sich nicht nur aus, dass die Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie für Arbeitsuchende 2008 um insgesamt rund 3 Mio. € sinkt, sondern in erster Linie das Versäumnis des Bundes, in den gesetzlichen Sozialversicherungen trotz des seit langem bekannten demographischen Wandels keine Kapitaldeckung eingeführt zu haben. In Folge dessen haben nicht mehr nur immer weniger Beschäftigte mit ihren Beiträgen die Leistungen für immer mehr Leistungsempfänger zu finanzieren, sondern zwangsläufig sinkt auch das Leistungsniveau und steigt damit die Anzahl der Personen, die auf Leistungen nach dem SGB II und XII, und damit Leistungen aus dem Kreishaushalt, angewiesen sind. Auch wenn der Kreis nur geringe direkte oder indirekte Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung des Aufwandes im Bereich von SGB II und XII hat, sollte der Anstieg des Zuschussbedarfs hinreichender Anlass sein über die Einführung eines Sozialcontrollings nachzudenken.

**Regionalstrategie
entwickeln**

Auch begrüßt es die FDP-Kreistagsfraktion, dass – nachdem mittlerweile auch die Studie „Demographische Entwicklung im Kammerbezirk“ der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf vorliegt – die Kreisverwaltung für den 28. Februar nächsten Jahres eine entsprechende Auswertung angekündigt hat, so dass in Folge dessen auch darüber entschieden werden kann, auf welchem Wege der Kreis beim Thema Demographie zu Handlungsempfehlungen kommt. Wir Liberalen haben dazu erneut die Entwicklung einer Regionalstrategie auf der Grundlage einer individuellen Bevölkerungsprognose und insbesondere den daraus folgenden ökonomischen Prognosen beantragt.

**Pensionsfond
entlastet Städte**

Alles in allem schöpft der Kreis mit 15,4 Mio. € jedoch nur 28,6 % der im Referenzzeitraum um 53,8 Mio. € auf nunmehr 654,6 Mio. € gestiegenen Umlagegrundlagen der

kreisangehörigen Städte ab. Der Kreis hat die berechtigten Belange der Städte, die zu Recht einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen einfordern, wie in der Vergangenheit auch weiter im Blick. Aufgrund der Mehrerlöse bei der Altpapiervermarktung in Höhe von mehr als 2,5 Mio. € sinkt die Kreismischgebühr für Restmüll um 13,35 %. Dass eine Stadt den Kreis zu der ihrer Auffassung nach insgesamt ausgewogenen Bemessung sowohl der Abschreibungen als auch der sonstigen steuerbaren NKF-Mehrbelastungen beglückwünscht, darf ich als Beispiel für eine hoffentlich auch bei anderen Städten Schule machende neue Qualität des Umgangs miteinander in der Kreisgemeinschaft werten. Mit der Errichtung eines Pensionsfonds in Höhe von zunächst 12,8 Mio. € federt der Kreis die kreisumlagererelevante Belastung durch die zukünftig auszuzahlenden Beamtenpensionen ab. Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass es der Verwaltung gelingen wird, dem Kreistag einen sorgfältig abgewogenen Vorschlag in bezug auf die Anlageform zu unterbreiten, der die entscheidenden Gesichtspunkte des Risikos der Anlage und der Ertragschancen in ein ausgewogenes und dem Anlagezweck angemessenes Verhältnis bringt. Ideologisch motivierte Vorfestlegungen, wie sie die Grünen mit ihrer Forderung betreiben, die Anlageform müsse auch einen ökologischen Nutzen aufweisen, und die damit von vornherein verbundene Verengung des Blickwinkels auf bestimmte Anlagen, lehnt die FDP-Fraktion ab. Uns Liberalen kommt es einzig und allein darauf an, die wirtschaftlich sinnvollste und damit die Kreisumlage und letztlich den Bürger entlastendste Lösung zu finden.

FDP will Bürger entlasten

Denn zentrales Ziel der FDP-Kreistagsfraktion war stets und bleibt auch künftig die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger, heute und in der Zukunft. Die FDP-Fraktion hat deshalb an mehreren Stellen, an denen entweder – wie im Kultur- und Gesundheitsbereich - die Vorlage von Konzepten aussteht oder – wie beim Einzelhandelskonzept - die Zweckmäßigkeit oder Realisierung der jeweiligen Maßnahme fraglich erschien, Sperrvermerke beantragt. Wir Liberalen sind nicht bereit, auf bloßen Zuruf Ausgabeermächtigungen zu erteilen ohne deren Zweckmäßigkeit beurteilen zu können.

Kosten für den Aprather Mühlenteich sind aus dem Ruder gelaufen

Leider ließ es sich nicht vermeiden, dass im Beratungsverfahren einiges an Mehraufwand beschlossen wurde. Besonders kritisch in diesem Zusammenhang ist sicherlich die Bereitstellung weiterer 465 T€, mithin insgesamt 1,2 Mio. €, für die Entschlammung des Aprather Mühlenteichs zu bewerten. Im Hinblick darauf, dass es sich hinsichtlich der Einzelheiten um eine nicht-öffentliche Vorlage handelt, sehe ich mich leider gezwungen, mich hier in bezug auf das Handling der Verwaltung auf die Anmerkung zu beschränken,

dass dies mit Sicherheit nicht als Glanzlicht in die Analen des Kreises eingehen wird. Dass die Stadt Wülfrath mit einer Resolution an den Kreis appelliert hat, die Wiederherstellung des Aprather Mühlenteichs durchzuführen ist nicht weiter verwunderlich, muss ja die Stadt Wülfrath aufgrund ihrer geringen Steuerkraft rechnerisch nicht einmal 5 %, also weniger als 60 T€, dafür aufbringen. Ich will aber nicht verhehlen, dass – wenn uns der Gesamtaufwand in Höhe von 1,2 Mio. € von vornherein bekannt gewesen wäre – sich die FDP-Fraktion wohl anders entschieden und lediglich die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht, die gerade einmal einen Betrag von 46 T€ ausgemacht hätten, befürwortet hätte. Da zu dem Zeitpunkt, zu dem der Mehrbedarf von der Verwaltung an uns herangetragen worden ist, - nachdem die Maßnahme einmal eingeleitet war – ein Rückrudern nur noch unter Inkaufnahme schwerwiegender Nachteile möglich gewesen wäre und es zu diesem Zeitpunkt daher folgerichtig die wirtschaftlichste Entscheidung gewesen ist, keine halben Sachen zu machen und die weiteren 465 T€ in die Hand zu nehmen, hat die FDP-Fraktion dem zähneknirschend zugestimmt.

Steuerrückgang zu befürchten

Nachdenklich stimmen bei dieser Größenordnung insbesondere die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung von November 2007. Danach werden die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2008 bundesweit lediglich noch um 2,1 % steigen, nach plus 12,6 % im Jahr 2006 und plus 7,1 % im Jahr 2007. Auch wenn die Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf in ihrem Konjunkturbericht vom September 2007 für den Kreis Mettmann noch davon ausging, dass sich der Aufschwung fortsetzt, lassen insbesondere die jeweils jüngst herabgesetzten Wachstumsprognosen des Ifo-Instituts sowie des Instituts für Weltwirtschaft für die Jahre 2008 und 2009 befürchten, dass diese Entwicklung am Kreis Mettmann nicht spurlos vorbeiziehen wird und sich dessen Kommunen jedenfalls nicht auf Dauer auf eine Steigerung der Umlagegrundlagen im Ausmaß der letzten zwei Jahre werden einrichten können. Der FDP-Kreistagsfraktion ist deshalb bewusst, dass Mehraufwand betreffend eine besondere Sensibilität des Kreises als Umlagehaushalt gefordert ist.

Mitte in den Fokus

Soweit wir dieses Jahr auch Anträge zum Thema Familienfreundlichkeit eingebracht haben, sind wir, sollte es aufgrund dessen zu Mehraufwand kommen, um Deckungsvorschläge nicht verlegen. Beispielsweise erscheint es mehr als zweifelhaft, dass innerhalb des nächsten Jahres hinsichtlich eines regionalen Einzelhandelskonzepts eine Einigung mit zwei weiteren Kreisen oder kreisfreien Städten erfolgen wird und die veranschlagten 100 T€ auch noch im Jahr 2008 verausgabt werden. Des weiteren werden wir - und

ich denke an diesem Punkt kann ich für Sie mitsprechen, Herr Franke – die Entwicklung der Gewerbesteuer bei der KVGM besonders im Auge behalten. Der weniger geneigte Betrachter könnte nun auf die Idee kommen, wir hätten die Anträge zum Thema Familienfreundlichkeit speziell Herrn Carraro zu Gefallen gestellt, da dieser doch in seiner letzten Haushaltsrede meinte, sein Licht unter den Scheffel stellen und bemerken zu müssen, er habe unter allen Anträgen der FDP-Fraktion nicht einen gefunden, der für den Bürger etwas bringt. Weit gefehlt! Unabhängig davon, dass sich Herrn Carraros Begeisterung über die Anträge zum Thema Familienfreundlichkeit sehr in Grenzen gehalten hat, selbstverständlich dürfte es auch ihm einleuchten, dass von einer soliden Finanzpolitik der öffentlichen Hand, um deretwillen die FDP-Fraktion die Konsolidierung der Kreisfinanzen konsequent vorantreibt, vor allem die breite Mitte der Gesellschaft profitiert, deren Bedürfnisse wir Liberalen wieder verstärkt in den Fokus der Politik rücken wollen.

Mehr Familienfreundlichkeit

Gleiches gilt für das Thema Familienfreundlichkeit. Daran, dass der Kreis hier Nachholbedarf hat, besteht kein Zweifel. Im Familienatlas 2007 der Prognos AG befindet sich der Kreis Mettmann als passive Region im Vergleich der 439 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland im Hinblick auf die Attraktivität für Familien mit Kindern in der Zusammenschau der kommunalpolitischen Handlungsfelder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnsituation und Wohnumfeld, Bildung und Ausbildung sowie Freizeit- und Kulturangebote lediglich im unteren Drittel. Angesichts der unterschiedlichen Finanzausstattung unserer Städte liegt es für die FDP-Fraktion daher nicht fern, auf Kreisebene zur Unterstützung familienfreundlicher Initiativen einen Preis für Familienfreundlichkeit zu vergeben. Erstaunlicherweise ist Entsprechendes hinsichtlich des Kulturpreises vollkommen unstrittig, obwohl es gerade im Bereich der Kultur diverse Preise der öffentlichen Hand und auch Privater auf unterschiedlichen Ebenen gibt. Des weiteren prüft die Verwaltung auf Antrag der FDP-Fraktion - mit besonderem Augenmerk auf die Beschäftigten der Kreisverwaltung – die Durchführung eines Kindertages sowie den Bedarf an der Vermittlung einer qualifizierten Kurzzeit- und Notfallbetreuung für Kinder. Letzteres stellt nach unserer Ansicht als konkrete Maßnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen wichtigen Baustein der Personalentwicklung und Personalbindung dar.

Berufskollegs fit für die Zukunft machen

Aber, meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist in diesem Jahr Herrn Carraro und der SPD auch zu besonderer Anerkennung verpflichtet. Mit dem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP wird die ehemalige so genannte Hardert-

Rücklage nunmehr endlich einer sinnvollen Verwendung zugeführt. Durch das Vorziehen des Neubaus einer Turnhalle am Berufskolleg Neandertal schaffen wir gemeinsam dafür die Voraussetzung, dass der unbefriedigende Zustand, dass am Berufskolleg Neandertal nur 50 % des Sportunterrichts erteilt werden kann, schnellstmöglich beendet wird. Ansonsten gilt es, im Hinblick auf den Wegfall der Schulbezirksgrenzen zum August 2008 das Bildungsangebot der Berufskollegs nunmehr unverzüglich so auszurichten, dass diese in der Lage sind, in dem kommenden Wettbewerb mit den umliegenden Großstädten zu bestehen. Nur am Rande sei in diesem Zusammenhang angemerkt, dass die Aufnahme mehrerer Schüler durch das Rätiger Berufskolleg, die nach dem Ende 2006 mühsam ausgehandelten Kompromiss am Berufskolleg Niederberg zu unterrichten gewesen wären, mit Sicherheit nicht zur Verbesserung des Klimas zwischen den Berufskollegs beigetragen hat und ein solches Verhalten aus Sicht der FDP-Fraktion vollkommen inakzeptabel ist.

**Grüne betreiben
Öko- und
Sozialromantik**

Meine Damen und Herren,
treffend beschreibt Dieter Degler in der Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 29.11.2007 zum Parteitag der Grünen in Nürnberg unter dem Titel „Rückkehr der Romantiker“ den aktuellen Mainstream, der nicht nur von den Grünen, sondern auch von den Linken, der SPD und weiten Teilen der Union aufgenommen worden sei. Es sei jener typisch deutsche Hang zur Romantik, den der Philosoph Rüdiger Safranski in seinem neuesten Werk „Romantik. Eine deutsche Affäre“ bis zu den 68ern konstatierte, sich aber auch im dritten Jahrtausend als Reflex auf die bürgerliche Realpolitik der Ära Schröder fortsetze. Von dieser Entwicklung bleibt offensichtlich auch der Kreis Mettmann nicht verschont. Beispielsweise ist der Antrag der Grünen zur Entwicklung eines sowohl wirtschaftlich als ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Einkaufswesens nichts als pure Öko- und Sozialromantik. Unabhängig von den rechtlichen Bedenken, die seitens der Verwaltung im Kreisausschuss formuliert wurden, führte das Ansinnen, bei Angebotseinholung und Kaufabwägung Kriterien des Umweltschutzes und sozial gerechten Einkaufs gleichberechtigt neben wirtschaftlichen Kriterien in die Entscheidung einfließen zu lassen, zur bloßen Wettbewerbsverzerrung, die dem Anbieter von nach irgendwelchen Kriterien erwünschter, nicht unbedingt wirtschaftlicher Produkte einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil verschaffen würde. Damit zeigt der Antrag wohl noch am ehesten die Berechtigung der Vorbehalte des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Friedrich August von Hayek gegen die Unklarheit des Begriffs der „Sozialen Gerechtigkeit“. Otto Graf Lambsdorff brachte diese

wie folgt auf den Punkt: „Gerade wegen seiner Unklarheit lasse sich der Begriff deshalb, so Hayek, für jedes noch so abstruse Partialinteresse zu Lasten der Mitbürger in der Politik einsetzen, um ihm den Anschein höchster moralischer Güte zu verleihen.“.

Klimaschutz braucht Vernunft

Ihr nächstes Betätigungsfeld finden die auf der Welle des Zeitgeistes reitenden Romantiker nun beim Klimaschutz. Festzustellen daran, dass man kritische Nachfragen von vornherein auszublenden versucht. Da ist zunächst einmal die Beratung des Antrags der SPD zum Energiemanagement im Bau- und Planungsausschuss zu nennen. Hoffnungsfroh stimmte in dem Antrag zunächst die Zielbeschreibung, die eine Senkung der Energiekosten beinhaltet. Dann, ein paar Zeilen weiter, soll der Kreis nur noch Strom beziehen, der auf ökologisch vertretbare Weise aus erneuerbaren Energiequellen hergestellt wird. Beispielsweise nach einem mir vor wenigen Wochen von der RWE unaufgefordert zugesandten Angebot ist der Ökostrom jedoch um einiges teurer. Eine Thematisierung dieses offenkundigen Widerspruchs im Bau- und Planungsausschuss war allerdings ebenso unerwünscht wie die Sperrung der Mittel für die bis heute nicht näher bekannte Baumaßnahme Fassade/Dach Frauenhaus bis zur Beantwortung beispielsweise der Frage nach der Amortisationsdauer. Obwohl dort neben 14 T€ für normale Unterhaltungsmaßnahmen für die energiesparende Aufrüstung mal eben nebenbei 178 T€ bereitgestellt werden sollen, während das gesamte Gebäude nach dem Sachwertverfahren lediglich einen Gebäudewert von 200 T€ aufweist. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass hier vor allem die im Il Principe niedergelegte Maxime Niccolo Machiavellis „Ich glaube, dass nur der erfolgreich ist, der seine Handlungsweise mit dem Zeitgeist in Einklang bringt.“ Pate steht. Wer danach handelt sollte sich aber auch die Worte August Everdings „Wer den Zeitgeist heiratet, wird bald Wittwer sein.“ vergegenwärtigen. Um eines klarzustellen, auch der FDP-Fraktion ist unabhängig von der Einschätzung der globalen Perspektive, über die ich mich beim letzten Mal verhalten habe, die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes ein Anliegen. Aber wir fordern einen rationalen Umgang mit dem Thema ein. Uns kommt es darauf an mit rentierlichen Maßnahmen bzw. knappen Mitteln den größtmöglichen Erfolg bei der Begrenzung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen, und nicht etwa nach dem Motto „Wo können wir schon mal anfangen irgendetwas zu tun?“ ohne Rücksicht auf die Effizienz zu handeln. Unser Antrag auf Schaffung eines zusammenfassenden Katalogs von Verhaltensempfehlungen zum Thema Energiesparen für die Beschäftigten des Kreises berücksichtigt diese Forderung paradigmatisch. Die entscheidenden Fragen sind demnach insbesondere die nach der Amortisation sowie die nach der Relation der

eingesetzten Finanzmittel zur absoluten Höhe der Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Übertragen auf die Baumaßnahme Fassade/Dach Frauenhaus bedeutet das vor allem folgende Fragen: Innerhalb welcher Zeit amortisiert sich die Baumaßnahme? Wie viel CO₂-Ausstoß entfällt pro investiertem € der Gesamtmaßnahme? In welchem Maße steigt dadurch der Verkehrswert? In welcher Größenordnung besteht eine Auswirkung auf die Restnutzungszeit des Gebäudes? Diese Fragen wird, und das kündige ich hier bereits heute an, die FDP-Kreistagsfraktion – soweit sie nicht bereits in der zu erwartenden Vorlage hinreichend beantwortet werden – als Anfrage einbringen. Mit Spannung erwarten wir zudem den Entwurf eines Klimaschutzkonzeptes durch die Verwaltung. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen werden sich exakt an den vorhin aufgeworfenen Fragestellungen messen lassen müssen. Die FDP-Fraktion wird sich auch dabei gegenüber Ökorumantik als immun erweisen, wir lassen uns nur durch Fakten überzeugen. Mit erfrischender Klarheit resümiert denn auch Degler: „Romantik ist etwas Wunderbares – in der Politik hat sie nichts zu suchen.“

**Einheitliches
Ausländeramt
verbessert
Bürgerservice**

Auch der weitere Vorstoß der Grünen zur Einrichtung einer Clearingstelle im Ausländerwesen gehört in diesen Kontext. Sie hätte keinerlei Kompetenzen, würde bei den Betroffenen aber eine Erwartungshaltung hervorrufen. Sie würde eine Einmischung in die Geschäfte der laufenden Verwaltung darstellen, die sich der Landrat zu Recht verbitten müsste. Vor allem aber wäre sie angesichts des garantierten gerichtlichen Rechtsschutzes, der Möglichkeit der Anrufung von Petitionsausschuss und Härtefallkommission vollkommen überflüssig, wenn ihr eigentlicher Zweck nicht – wie ich es befürchte – darin liegen sollte, jeweils im Einzelfall ein von interessierten Kreisen gewünschtes Ergebnis unabhängig von der Rechtslage herbeizuführen. Die von Herrn Dr. Ibold im Kreisausschuss vertretene Auffassung, es gehe alles schon irgendwie, wenn man es nur wolle, halten wir jedenfalls für sehr bedenklich. Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Verwaltung grundsätzlich auch im Ausländerwesen innerhalb der rechtlichen Grenzen sachgerechte Entscheidungen trifft und für etwaige Ausreißer sind die Gerichte da. Erfreulich ist, dass es nunmehr gelungen ist, eine einheitliche Ausländer- und Einbürgerungsbehörde im Kreis Mettmann zu bilden. Dass die Vereinbarung mit Ratingen nach all den Irritationen nun doch noch zu Stande gekommen ist, haben wir vor allem dem persönlichen Einsatz von Herrn Landrat Hendele und Herrn Rechtsdezernenten Hanheide zu verdanken. Neben der nunmehr im Kreis gewährleisteten einheitlichen Rechtsanwendung und –auslegung führt dies im Bereich des Ausländerwesens neben der Einsparung von Sachkosten zu einem Synergieeffekt von

sieben Stellen. Im Gegenzug wird dadurch die Verbesserung des Bürgerservices vor Ort möglich, indem in den neu einzurichtenden Servicestellen des Kreises in den Rathäusern von Ratingen und Velbert 30 Aufgaben vor allem aus den Bereichen des allgemeinen Ordnungsrechts, des Ausländerrechts, des Ordnungswidrigkeitenrechts und des Straßenverkehrsrechts angeboten werden können. Soweit sich dieses Modell in der zweijährigen Pilotphase bewährt, steht nach Auffassung der FDP-Fraktion einer Einrichtung von vergleichbaren Servicestellen auch in anderen geeigneten Städten des Kreises zu gegebener Zeit nichts entgegen.

**Einführung
moderner
Management-
instrumente**

Auch freuen wir uns, dass es gelungen ist, zur Unterstützung von Kreistag und Verwaltungsführung in ihrer jeweiligen Steuerungsfunktion die von uns beantragte Stelle mit entsprechendem Stellenwert für das strategische Controlling zu schaffen. Hier gilt es die Stelle bald zu besetzen. Darüber hinaus würden wir es begrüßen, wenn es der Verwaltung nach der diesjährigen Belastung durch zwei Haushalte und einen schwergewichtigen Nachtragshaushalt im Laufe des nächsten Jahres möglich wäre, sich insbesondere der von der FDP-Fraktion aufgeworfenen Thematik eines strategischen Beteiligungsmanagements zu widmen. Für eine zentrale Beteiligungsverwaltung, die auch vom Gemeindeprüfungsamt in dem Bericht über die überörtliche Prüfung des Kreises empfohlen wird, und damit eine engere Führung der Beteiligungen durch den Kreis spricht nicht nur, dass bislang einige Beteiligungen des Kreises die Fristen zur Aufstellung und Feststellung der Jahresabschlüsse nicht eingehalten haben.

**Dilettantismus bei
ME-BIT**

Unverkennbar wird die Notwendigkeit einer engeren Führung der Beteiligungen des Kreises am Beispiel der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ME-BIT, die es nicht einmal geschafft hat, zum Geschäftsjahr 2008 den Entwurf eines Wirtschaftsplans vorzulegen. Die dazu an den Haaren herbei gezogene Erklärung der Geschäftsführung im Werksausschuss am Donnerstag ist geradezu absurd. Weil eine Mitarbeiterin, die ihre Schwangerschaft bereits im April angezeigt hatte, im Oktober – nein wie überraschend – in Mutterschutz gegangen sei, habe keine Preisbildung erfolgen und in Folge dessen ein Entwurf für den Wirtschaftspland nicht aufgestellt werden können. Meine Damen und Herren, da werden in bezug auf Reaktionszeiten neue Maßstäbe gesetzt. Und, lieber Herr Schulte, geschätzter Kollege aus der Juristenrunde, es kann doch unmöglich Ihr Ernst gewesen sein, als Sie am Donnerstag im Werksausschuss sinngemäß äußerten, für die fehlende Vorlage des Wirtschaftsplandentwurfs bestehe eine Mitverantwortung der Kreispolitik, da diese einen Stellenplan ohne größere Spielräume

beschlossen habe. Wenn es denn tatsächlich am Fehlen der einen Mitarbeiterin gelegen haben sollte: Die befristete Beschäftigung einer Schwangerschaftsvertretung hätte keinerlei Auswirkungen auf den Stellenplan gehabt. Dass sich die Geschäftsführung allerdings überhaupt um eine solche bemüht hätte, ist nicht ersichtlich, obwohl ME-BIT an anderer Stelle durchaus befristete Beschäftigungsverhältnisse eingegangen ist. Notfalls hätte auch eine Vergabe nach außen erfolgen können. Meine Damen und Herren, ich bedauere dies hier in dieser Deutlichkeit sagen zu müssen, aber diese haarsträubende Form von Dilettantismus fordert ernsthafte Konsequenzen.

ME-BIT auf den Prüfstand

Dies betrifft auch die gesamte Konstruktion des ME-BIT. Im ersten Wirtschaftsplan 2003 wurden folgende Kernziele definiert: Verbesserung der Transparenz und Wirtschaftlichkeit, Erhöhung der Flexibilität, Steigerung der Motivation der Mitarbeiter. Zusätzlich zur Rolle als Hilfsbetrieb der Kreisverwaltung sollte die Errichtung des ME-BIT auch ein Signal für die öffentlichen Institutionen im Kreis Mettmann sein, dass der Kreis außerhalb seiner Linienorganisation eine Einrichtung betreibe, die mit nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen kalkulierten Preisen auch für die kommunale Familie IT-Leistungen erbringen könne. Und wo stehen wir heute nach fünf Jahren? Keines der Kernziele wurde erreicht, auf die betriebswirtschaftlich kalkulierten Preise warten wir noch immer und die Umsatzerlöse aus Dienstleistungen für kreisangehörige Städte und Dritte betragen im 3. Quartal des laufenden Jahres gerade einmal 1,3 % des Gesamtumsatzes. Diese verheerende Bilanz ist für die FDP-Fraktion Grund genug, nach Alternativen zum ME-BIT Ausschau zu halten.

Beteiligungen enger führen

Für uns steht darüber hinaus fest, dass sich der Kreistag zukünftig verstärkt aus seinen Beteiligungen berichten lassen sollte. Ein Anfang ist gemacht, nachdem Herr Landrat Hendele zugesagt hat, nach der Vorlage des Jahresabschlusses im Kreisausschuss über die Gründe zu berichten, die zur Ausweisung eines Fehlbetrags bei der Beschäftigungsgesellschaft im laufenden Geschäftsjahr geführt haben werden.

Meine Damen und Herren,
die FDP-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt zu. Der Kreis setzt seinen Konsolidierungskurs konsequent fort und trägt nach der Entschuldung mit dem Verzicht auf jegliche Neuverschuldung dem Ziel der Generationengerechtigkeit vorbildlich Rechnung.

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.